

**FLOR INTERNATIONAL GMBH**

Société à responsabilité limitée

L-2450 Luxembourg, 15, boulevard Roosevelt

**NUMMER 66/2017**

**GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG VOM 11 JANUAR 2017**

Im Jahr zweitausendundsiebzehn, am elften Januar.

Vor uns, Maître Carlo **WERSANDT**, Notar mit Amtssitz in Luxembourg, Großherzogtum Luxemburg,

**IST ERSCHIENEN:**

**Lake Tahoe SPF S.à.r.l.**, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) luxemburgischen Rechts, mit Gesellschaftssitz in L-2450 Luxembourg, 15, boulevard Roosevelt, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister Luxemburg unter der Nummer B 210395 (der „**Alleingesellschafter**“),

hier vertreten durch Herr Tobias **FABER**, *Jurist*, beruflich wohnhaft in L-2450 Luxembourg, 15, boulevard Roosevelt.

Die erschienene Partei, vertreten wie vorerwähnt, hat den amtierenden Notar ersucht, die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) zu beurkunden, welche sie mit der folgenden Satzung gründen will:

**A. NAME - ZWECK - DAUER - SITZ**

**Artikel 1 Name - Rechtsform**

Es besteht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) mit dem Namen **FLOR INTERNATIONAL GMBH** (die „**Gesellschaft**“), welche den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner aktuellen Fassung (das „**Gesetz von 1915**“) und dieser Satzung unterliegt.

**Artikel 2 Zweck der Gesellschaft**

2.1 Zweck der Gesellschaft ist das Halten von Beteiligungen jeglicher Art an luxemburgischen und ausländischen Gesellschaften, sowie jede andere Form der

Investition, der Erwerb von Wertpapieren jeder Art durch Kauf, Zeichnung oder auf andere Weise, sowie deren Übertragung durch Verkauf, Tausch oder in anderer Form und die Verwaltung, Kontrolle und Entwicklung ihrer Beteiligungen.

2.2 Die Gesellschaft kann Darlehen vergeben, sowie Garantien oder Sicherheiten zugunsten von Dritten einräumen, um Verbindlichkeiten von Gesellschaften, in welchen sie eine direkte oder indirekte Beteiligung oder Rechte jeglicher Art hält oder welche der gleichen Unternehmensgruppe wie sie selbst angehören, zu besichern oder diese auf jede andere Weise unterstützen.

2.3 Die Gesellschaft kann in jeder Form Gelder aufbringen, insbesondere durch Aufnahme von Darlehen in jeglicher Form oder mittels Ausgabe aller Arten von Anleihen, Wertpapieren oder Schuldtiteln, Schuldverschreibungen und Obligationen und generell jeglicher Form von Schuldscheinen bzw. Wertpapieren. Die Gesellschaft kann kein öffentliches Angebot ihrer Anteile vornehmen.

2.4 Die Gesellschaft kann auch als Gesellschafter/Aktionär für die Schulden und Verpflichtungen jeglicher luxemburgischen und ausländischen Gesellschaft mit unbeschränkter oder beschränkter Haftung handeln.

### **Artikel 3      Dauer**

3.1 Die Gesellschaft wird für unbegrenzte Dauer gegründet.

3.2 Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung mit der Zustimmung von mindestens der Hälfte der Anteilseigner, welche drei Viertel des Gesellschaftskapitals vertreten, aufgelöst werden.

### **Artikel 4      Sitz**

4.1 Der Sitz der Gesellschaft ist in der Stadt Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

4.2 Der Geschäftsführungsrat kann den Gesellschaftssitz der Gesellschaft innerhalb derselben Gemeinde oder in jede andere Gemeinde des Großherzogtums Luxemburg verlegen und diese Satzung entsprechend ändern.

4.3 Zweigniederlassungen oder andere Geschäftsstellen können durch Beschluss des Geschäftsführungsrates im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland errichtet werden.

4.4 Sollte der Geschäftsführungsrat entscheiden, dass außergewöhnliche politische, wirtschaftliche oder soziale Entwicklungen aufgetreten sind oder unmittelbar bevorstehen, welche die gewöhnlichen Aktivitäten der Gesellschaft an ihrem Gesellschaftssitz beeinträchtigen könnten, so kann der Gesellschaftssitz bis zur

endgültigen Beendigung dieser außergewöhnlichen Umstände vorübergehend ins Ausland verlegt werden; solche vorübergehenden Maßnahmen haben keine Auswirkungen auf die Nationalität der Gesellschaft, die trotz vorübergehender Verlegung des Gesellschaftssitzes eine luxemburgische Gesellschaft bleibt.

## **B. GESELLSCHAFTSKAPITAL - ANTEILE**

### **Artikel 5 Gesellschaftskapital**

5.1 Das gezeichnete Gesellschaftskapital beträgt zwölftausend Euro (EUR 12.000), eingeteilt in zwölftausend (12.000) Geschäftsanteile mit einem Nennwert von je einem Euro (EUR 1).

5.2 Das Gesellschaftskapital kann durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung, welcher in der für eine Satzungsänderung erforderlichen Art und Weise gefasst wird erhöht oder herabgesetzt werden.

5.3 Die Gesellschaft kann ihre eigenen Anteile im Einklang mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 zurückkaufen.

Der Geschäftsführungsrat ist ermächtigt von der Gesellschaft gehaltene eigene Anteile zu annullieren und eine entsprechende Kapitalreduzierung vorzunehmen.

### **Artikel 6 Anteile**

6.1 Das Gesellschaftskapital besteht aus Anteilen mit dem jeweils gleichen Nominalwert.

6.2 Die Anteile der Gesellschaft sind ausschließlich Namensanteile

6.3 Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Gesellschafter haben mit einer Obergrenze von einhundert (100) Gesellschaftern. Im Falle einer Überschreitung der Obergrenze von einhundert (100) Gesellschaftern muss die Gesellschaft innerhalb eines (1) Jahres ab dem Datum, an welchem diese Obergrenze überschritten wurde, in eine andere Rechtsform umgewandelt werden.

6.4 Die Gesellschaft wird weder durch den Tod, die Aussetzung der Bürgerrechte, die Auflösung, den Konkurs, die Insolvenz oder ein vergleichbares, einen Gesellschafter betreffendes Ereignis, aufgelöst.

### **Artikel 7 Anteilsregister- Übertragung der Anteile**

7.1 Am Sitz der Gesellschaft wird ein Anteilsregister geführt, welches von jedem Gesellschafter eingesehen werden kann. Dieses Anteilsregister enthält alle vom Gesetz von 1915 vorgeschriebenen Informationen. Auf Ersuchen und auf Kosten des betreffenden Gesellschafters kann die Gesellschaft Zertifikate, die die Eintragung des Gesellschafters im Anteilsregister bestätigen, ausstellen.

7.2 Die Gesellschaft erkennt lediglich einen Inhaber pro Anteil an. Sofern ein Anteil von mehreren Personen gehalten wird, müssen diese eine einzelne Person benennen, welche sie im Verhältnis zur Gesellschaft vertritt. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Ausübung aller Rechte, außer einschlägiger Informationsrechte, im Zusammenhang mit einem derartigen Anteil auszusetzen, bis eine Person als Vertreter der Inhaber gegenüber der Gesellschaft bezeichnet worden ist.

7.3 Die Anteile sind zwischen den Gesellschaftern frei übertragbar.

7.4 *Inter vivos* dürfen die Anteile an einen Dritten nur vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung von Gesellschaftern, die mindestens drei Viertel der ausgegebenen Anteile halten, übertragen werden.

7.5 Wenn ein Gesellschafter beabsichtigt einen oder mehrere Anteile an einen Dritten zu übertragen, muss der übertragende Gesellschafter der Gesellschaft eine Mitteilung mit allen einschlägigen Informationen zu der vorgeschlagenen Übertragung zusenden, einschließlich der Identität des Anteilserwerbers, des Kaufpreises, und, falls einschlägig, der einschlägigen Bedingungen für die Übertragung.

7.6 Wenn die Gesellschafter der vorgeschlagenen Übertragung nicht gemäß Artikel 7.4 zustimmen, können die Gesellschafter innerhalb von drei (3) Monaten ab dem Tag der Zustimmungsverweigerung die Anteile unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (sofern nicht anderweitig zwischen Ihnen vereinbart) erwerben, oder den Anteilserwerb zu einem nach Artikel 7.8 bestimmten Kaufpreis vermitteln, es sei denn der übertragende Gesellschafter beschließt auf die Übertragung zu verzichten. Auf Anfrage von dem/den Geschäftsführer(n) kann die Dreimonatsfrist vom Vorsitzenden der Kammer für Handelssachen des Bezirksgerichts Luxemburg, tagend wie in Eilverfahren, verlängert werden, wobei die Verlängerung sechs (6) Monate nicht überschreiten kann.

7.7 Sofern die Gesellschafter nicht vorgeschlagen haben die Anteile zu erwerben kann die Gesellschaft innerhalb des gleichen Zeitraums und mit der Zustimmung des übertragenden Gesellschafters beschließen, (i) das Gesellschaftskapital durch einen dem Nominalwert der Anteile entsprechenden Betrag zu reduzieren und (ii) die Anteile zu einem nach Artikel 7.8 bestimmten Preis zurückzukaufen und zu annullieren.

7.8 Der Preis der Übertragung oder des Rückkaufs nach Artikeln 7.6 und 7.7 entspricht dem Verkehrswert der Anteile und wird vom Geschäftsführungsrat nach Treu und Glauben bestimmt.

7.9 Wenn nach dem Ablauf der vorgenannten Frist weder die bestehenden Gesellschafter die Anteile erworben, noch die Gesellschaft diese zurückgekauft hat, kann der übertragende Gesellschafter die Anteile frei an den/die vorgeschlagenen neuen Gesellschafter zu dem Preis und unter den Bedingungen, welche der Gesellschaft mitgeteilt wurde, übertragen.

7.10 Jede Übertragung von Anteilen wird gegenüber der Gesellschaft und Dritten gemäß Artikel 1690 des *Code Civil* wirksam, nachdem die Gesellschaft von der Übertragung in Kenntnis gesetzt wurde oder der Übertragung zugestimmt hat.

7.11 Im Todesfall dürfen die Anteile des verstorbenen Gesellschafters an neue Gesellschafter nur mit Zustimmung der verbleibenden Gesellschafter, die mindestens drei Viertel der von den verbleibenden Gesellschaftern gehaltenen Anteile halten, übertragen werden. Eine derartige Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Anteile den Eltern, Nachkommen oder dem/der überlebenden Ehepartner/in übertragen werden oder jedem anderen gesetzlichen Erben des verstorbenen Gesellschafters.

## **C. ENTSCHEIDUNGEN DER GESELLSCHAFTER**

### **Artikel 8 Gemeinsame Entscheidungen der Gesellschafter**

8.1 Die Gesellschafterversammlung ist mit allen Rechten ausgestattet, welche ihr durch Gesetz von 1915 und diese Satzung ausdrücklich vorbehalten sind.

8.2 Jeder Gesellschafter darf unabhängig von der Anzahl seiner Anteile an gemeinsamen Entscheidungen teilnehmen.

8.3 Falls und solange die Gesellschaft nicht mehr als sechzig (60) Gesellschafter hat, können gemeinsame Entscheidungen schriftlich gefasst werden, außer im Falle von vorgeschlagenen Satzungsänderungen. Zu diesem Zweck erhält jeder Gesellschafter den vollständigen Text der zu verabschiedenden Beschlüsse und übt sein Stimmrecht schriftlich aus.

8.4 Im Falle eines Alleingesellschafters übt dieser die Befugnisse der Gesellschafterversammlung nach den Vorschriften von Abschnitt XII des Gesetzes von 1915 und dieser Satzung aus. In diesem Fall ist jeder Bezug auf die „Gesellschafterversammlung“ in der vorliegenden Satzung als Bezug auf den "Alleingesellschafter", je nach Zusammenhang und soweit anwendbar, zu verstehen und die Befugnisse der Gesellschafterversammlung werden vom Alleingesellschafter ausgeübt.

## **Artikel 9           Gesellschafterversammlung**

9.1       Falls die Gesellschaft mehr als sechzig (60) Gesellschafter hat, muss jährlich innerhalb von sechs (6) Monaten vor dem Ende des Geschäftsjahres mindestens eine Gesellschafterversammlung im Großherzogtum Luxemburg am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen Ort in Großherzogtum Luxemburg abgehalten werden, wie in der Einberufung zu dieser Versammlung genauer bestimmt. Andere Gesellschafterversammlungen finden an dem Ort und zu der Zeit statt, welcher in der entsprechenden Einberufung genauer bestimmt werden.

9.2       Falls alle Gesellschafter in einer Versammlung anwesend oder vertreten sind und auf sämtliche Einberufungsformalitäten verzichten, kann die Gesellschafterversammlung auch ohne vorherige Ankündigung oder Veröffentlichung abgehalten werden.

9.3       Gesellschafter, die in einer Gesellschafterversammlung teilnehmen, welche mittels Telefonkonferenz, Videokonferenz oder durch ein anderes Kommunikationsmittel abgehalten wird, welche ihre Identifizierung erlaubt und es allen Teilnehmern ermöglicht, einander durchgängig zu hören und tatsächlich an der Sitzung teilzunehmen, gelten als anwesend für die Berechnung der Beschlussfähigkeit und der Stimmabgabe, vorbehaltlich der Bereitstellung solcher Kommunikationsmittel am Ort der Gesellschafterversammlung. In diesem Fall, muss zumindest ein (1) Gesellschafter oder sein Bevollmächtigter am eingetragenen Sitz der Gesellschaft anwesend sein.

9.4       Jeder Gesellschafter kann seine Stimme in einer Gesellschafterversammlung durch eine unterzeichnete Stimmkarte abgeben, welche per Post, E-Mail, Fax oder durch jedes andere Kommunikationsmittel an den Sitz der Gesellschaft oder an die in der Einberufung genannte Adresse gesendet wurde. Die Gesellschafter können nur Stimmkarten verwenden, die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wurden und zumindest den Ort, das Datum und die Uhrzeit der Versammlung, die Tagesordnung, die Beschlussvorschläge sowie für jeden Vorschlag drei Kästchen enthalten, die es dem Gesellschafter ermöglichen, seine Stimme für oder gegen den vorgeschlagenen Beschluss abzugeben oder sich zu enthalten, indem er das entsprechende Kästchen ankreuzt.

9.5       Stimmkarten, die für einen vorgeschlagenen Beschluss nicht nur (i) eine Stimme für oder (ii) eine Stimme gegen den vorgeschlagenen Beschluss oder (iii) eine Enthaltung beinhalten, sind in Bezug auf diesen Beschluss ungültig. Die Gesellschaft

wird nur Stimmkarten berücksichtigen, die sie vor der Gesellschafterversammlung, auf welche sie sich beziehen, erhalten hat.

9.6 Der Geschäftsführungsrat kann weitere Voraussetzungen bestimmen, die von den Gesellschaftern eingehalten werden müssen um an einer Gesellschafterversammlung teilnehmen zu können.

9.7 Bei allen Gesellschafterversammlungen wird eine Anwesenheitsliste geführt.

#### **Artikel 10 Beschlussfähigkeit und Abstimmung**

10.1 Jeder Anteil berechtigt zu einer Stimme in Gesellschafterversammlungen.

10.2 Der Geschäftsführungsrat kann die Stimmrechte eines Gesellschafters suspendieren, der gegen seine Verpflichtungen aus dieser Satzung oder aus einer einschlägigen vertraglichen Vereinbarung, welche von diesem Gesellschafter abgeschlossen wurde, verstößt.

10.3 Ein Gesellschafter kann individuell beschließen seine Stimmrechte zeitweilig oder dauerhaft ganz oder teilweise nicht auszuüben. Der verzichtende Gesellschafter ist durch einen solchen Verzicht gebunden und der Verzicht ist für die Gesellschaft vom Zeitpunkt ihrer Mitteilung an die Gesellschaft verbindlich.

10.4 Im Fall, dass die Stimmrechte von einem oder mehreren Gesellschaftern im Einklang mit Artikel 10.2 ausgesetzt werden oder auf die Ausübung der Stimmrechte von einem oder mehreren Gesellschaftern gemäß Artikel 10.3 verzichtet wurde, erhalten diese Gesellschafter schriftliche Beschlüsse (zu Informationszwecken) und sie können an der Gesellschafterversammlungen teilnehmen; die von ihnen gehaltenen Anteile werden (i) für die Feststellung der Beschlussfähigkeit und für die bei Berechnung der notwendigen Mehrheit, und (ii) zur Feststellung, ob ein schriftlicher Beschluss wirksam gefasst wurde, nicht berücksichtigt.

10.5 Vorbehaltlich strengerer Regelungen dieser Satzung oder des Gesetzes von 1915 bedürfen gemeinsame Entscheidungen der Gesellschafter der Zustimmung von Gesellschaftern, die mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals innehaben.

#### **Artikel 11 Änderung der Satzung**

Eine Änderung der Satzung erfordert die Zustimmung der Gesellschafter, die mindestens drei Viertel des Gesellschaftskapitals vertreten.

## **Artikel 12      Änderung der Nationalität**

Die Gesellschafter können die Nationalität der Gesellschaft mittels eines Beschlusses der Gesellschafterhauptversammlung, welcher in der für eine Satzungsänderung erforderlichen Art und Weise gefasst wird, ändern.

## **D.      GESCHÄFTSFÜHRUNG**

### **Artikel 13      Zusammensetzung                      und                      Befugnisse                      des Geschäftsführungsrates**

13.1      Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer geleitet. Falls die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer hat, bilden diese einen Geschäftsführungsrat.

13.2      Falls die Gesellschaft von einem einzelnen Geschäftsführer geleitet wird und soweit der Begriff „Einzelgeschäftsführer“ nicht ausdrücklich verwendet wird, ist jeder Verweis in dieser Satzung auf den „Geschäftsführungsrat“ als Verweis auf den „Einzelgeschäftsführer“ auszulegen.

13.3      Der Geschäftsführungsrat verfügt über die weitestgehenden Befugnisse, im Namen der Gesellschaft zu handeln und alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind, mit Ausnahme der durch das Gesetz von 1915 oder durch diese Satzung der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Befugnisse.

### **Artikel 14      Tägliche Geschäftsführung**

Die tägliche Geschäftsführung sowie die Vertretung der Gesellschaft im Rahmen der täglichen Geschäftsführung der Gesellschaft kann an einen oder mehrere Geschäftsführer, leitende Angestellte oder Vertreter delegiert werden, die einzeln oder gemeinsam vertretungsbefugt handeln. Ihre Ernennung, Abberufung und Vertretungsbefugnis sollen durch einen Beschluss des Geschäftsführungsrates bestimmt werden.

### **Artikel 15      Wahl, Abberufung und Amtszeit von Geschäftsführern**

15.1      Der bzw. die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung gewählt, welche ihre Bezüge und Amtszeit festlegt.

15.2      Geschäftsführer können jederzeit mit oder ohne Grund durch einen Beschluss von Gesellschaftern gewählt oder abberufen werden.



## **Artikel 16      Einladung zu Sitzungen des Geschäftsführungsrats**

16.1      Der Geschäftsführungsrat versammelt sich auf Einberufung durch einen beliebigen Geschäftsführer. Die Geschäftsführungsratssitzungen finden, soweit in der Einladung nichts anderes bestimmt ist, am Sitz der Gesellschaft statt.

16.2      Die Geschäftsführer werden mindestens vierundzwanzig (24) Stunden vor dem für die Sitzung in der Einladung anberaumten Datum zu jeder Sitzung des Geschäftsführungsrats schriftlich geladen, außer in dringenden Fällen, wobei die Gründe der Dringlichkeit in der Einladung zu bezeichnen sind. Eine solche Einladung kann unterbleiben, wenn alle Geschäftsführer schriftlich, per Fax, E-Mail oder mittels eines vergleichbaren Kommunikationsmittels ihre Zustimmung abgegeben haben, wobei eine Kopie einer solchen unterzeichneten Zustimmung ein hinreichender Nachweis ist. Eine Einladung zu Sitzungen des Geschäftsführungsrats ist nicht erforderlich, wenn Zeit und Ort in einem vorausgehenden Beschluss des Geschäftsführungsrats bestimmt worden sind, welcher allen Geschäftsführern übermittelt wurde.

16.3      Eine Einladung ist nicht erforderlich, wenn alle Geschäftsführer anwesend oder vertreten sind und diese alle Einladungsvoraussetzungen abbedingen oder im Fall von schriftlichen Umlaufbeschlüssen, wenn alle Mitglieder des Geschäftsführungsrats diesen zugestimmt und diese unterzeichnet haben.

## **Artikel 17      Durchführung von Geschäftsführungsratssitzungen**

17.1      Der Geschäftsführungsrat kann unter seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden auswählen. Der Geschäftsführungsrat kann auch einen Schriftführer ernennen, der nicht unbedingt Mitglied des Geschäftsführungsrats sein muss und der für die Protokollführung der Sitzungen des Geschäftsführungsrats verantwortlich ist.

17.2      Sitzungen des Geschäftsführungsrats werden, falls bestellt, durch den Vorsitzenden des Geschäftsführungsrats geleitet, aber in seiner Abwesenheit kann der Geschäftsführungsrat ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsrats durch einen Mehrheitsbeschluss der anwesenden oder vertretenen Mitglieder als Vorsitzenden *pro tempore* ernennen.

17.3      Jedes Mitglied des Geschäftsführungsrats kann an einer Sitzung des Geschäftsführungsrats teilnehmen, indem es ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsrats schriftlich, oder durch Fax, per E-Mail oder ein anderes vergleichbares Kommunikationsmittel bevollmächtigt, wobei eine Kopie der Bevollmächtigung als hinreichender Nachweis dient. Ein Mitglied des

Geschäftsführungsrats kann einen oder mehrere, aber nicht alle anderen Geschäftsführer vertreten.

17.4 Eine Sitzung des Geschäftsführungsrats kann auch mittels Telefonkonferenz, Videokonferenz oder durch ein anderes Kommunikationsmittel abgehalten werden, welches es allen Teilnehmern ermöglicht, einander durchgängig zu hören und tatsächlich an der Sitzung teilzunehmen. Eine Teilnahme an einer Sitzung durch solche Kommunikationsmittel ist gleichbedeutend mit einer persönlichen Teilnahme an einer solchen Sitzung.

17.5 Der Geschäftsführungsrat kann nur dann wirksam beraten oder handeln, wenn zumindest die Mehrheit seiner Mitglieder in den Geschäftsführungsratssitzungen anwesend oder vertreten ist.

17.6 Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der an der Sitzung des Geschäftsführungsrats teilnehmenden oder vertretenen Geschäftsführer gefasst. Der Vorsitzende hat nicht die entscheidende Stimme bei Stimmengleichheit.

17.7 Der Geschäftsführungsrat kann einstimmig Beschlüsse im Umlaufverfahren mittels schriftlicher Zustimmung, per Fax, E-Mail oder durch ein vergleichbares Kommunikationsmittel fassen. Die Geschäftsführer können ihre Zustimmung getrennt erteilen, wobei die Gesamtheit aller schriftlichen Zustimmungen die Annahme des betreffenden Beschlusses nachweist. Das Datum der letzten Unterschrift gilt als das Datum eines derart gefassten Beschlusses.

## **Artikel 18      Interessenkonflikte**

18.1 Soweit nicht im Gesetz von 1915 anderweitig geregelt, muss jeder Geschäftsführer, der im Zusammenhang mit einem in die Zuständigkeit des Geschäftsführungsrates fallenden Geschäft ein direktes oder indirektes finanzielles Interesse hat, welches dem Gesellschaftsinteresse widerspricht, den Geschäftsführungsrat von diesem Interessenkonflikt informieren; diese Erklärung wird ins Protokoll der Geschäftsführungsratssitzung aufgenommen. Der betroffene Geschäftsführer darf an den Beratungen in Bezug auf eine solche Transaktion nicht teilnehmen und über diese Transaktion nicht abstimmen. Interessenkonflikte werden der nächstfolgenden Generalversammlung vor der Beratung über andere Tagesordnungspunkte mitgeteilt.

18.2 Wenn die Gesellschaft einen alleinigen Geschäftsführer hat, werden die Transaktionen zwischen der Gesellschaft und dem Geschäftsführer, der einen

Interessenkonflikt mit der Gesellschaft hat, ausdrücklich in dem Beschluss des alleinigen Geschäftsführers erwähnt werden.

18.3 Wenn aufgrund eines Interessenkonfliktes die Beschlussfähigkeit des Geschäftsführungsrates nicht gegeben ist, kann der Geschäftsführungsrat entscheiden den fraglichen Tagesordnungspunkt der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

18.4 Die Regeln zu Interessenkonflikten finden keine Anwendung, wenn die Entscheidung des Geschäftsführungsrates oder des alleinigen Geschäftsführers im Rahmen der täglichen Geschäfte der Gesellschaft, die unter normalen Bedingungen durchgeführt werden, getroffen wird.

#### **Artikel 19 Protokoll von Sitzungen des Geschäftsführungsrats; Protokoll der Entscheidungen des Einzelgeschäftsführers**

19.1 Das Protokoll einer Sitzung des Geschäftsführungsrats wird (i) vom Vorsitzenden des Geschäftsführungsrates, falls bestellt, oder, im Falle seiner Abwesenheit von dem Vorsitzenden *pro tempore* und dem Protokollführer (falls bestellt), oder (ii) von 2 Geschäftsführern unterzeichnet. Kopien oder Auszüge solcher Protokolle, die in einem Gerichtsverfahren oder auf sonstige Weise vorgelegt werden können, werden vom Vorsitzenden des Geschäftsführungsrates, falls bestellt, von 2 Geschäftsführern unterzeichnet.

19.2 Die Entscheidungen des Einzelgeschäftsführers werden in ein Protokoll aufgenommen, welches vom Einzelgeschäftsführer unterzeichnet wird. Kopien oder Auszüge solcher Protokolle, die in einem Gerichtsverfahren oder auf sonstige Weise vorgelegt werden können, werden vom Einzelgeschäftsführer unterzeichnet.

#### **Artikel 20 Geschäfte mit Dritten**

20.1 Die Gesellschaft wird gegenüber Dritten unter allen Umständen (i) durch die Unterschrift des alleinigen Geschäftsführers oder, für den Fall, dass die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer hat, durch die gemeinsame Unterschrift zweier (2) beliebiger Geschäftsführer, oder (ii) die alleinige oder gemeinsame Unterschrift jedweder Person(en), der/denen eine Unterschriftsbefugnis durch den Geschäftsführungsrat übertragen worden ist im Einklang mit der erteilten Vertretungsbefugnis wirksam verpflichtet.

20.2 Im Rahmen der täglichen Geschäftsführung wird die Gesellschaft durch die alleinige oder gemeinsame Unterschrift (folgend der Bestimmungen ihrer

Ernennung) der Person(en), welche in dieser Funktion bestellt wurden, wirksam verpflichtet.

## **E. AUFSICHT UND PRÜFUNG DER GESELLSCHAFT**

### **Artikel 21      Rechnungsprüfer/Wirtschaftsprüfer**

21.1      Falls und solange die Gesellschaft mehr als sechzig (60) Gesellschafter hat, werden die Geschäfte der Gesellschaft durch einen oder mehrere Rechnungsprüfer beaufsichtigt (*commissaire(s)*). Die Gesellschafterversammlung ernennt die Rechnungsprüfer und legt ihre Amtszeit fest.

21.2      Ein Rechnungsprüfer kann jederzeit und ohne Grund von der Gesellschafterversammlung abberufen werden.

21.3      Der/die Rechnungsprüfer hat/haben ein unbeschränktes Recht der permanenten Überprüfung und Kontrolle aller Geschäfte der Gesellschaft.

21.4      Wenn die Gesellschafter im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 69 des Gesetzes vom 19. Dezember 2002 betreffend das Handels- und Gesellschaftsregister sowie zur Buchhaltung und zum Jahresabschluss von Unternehmen, in seiner geänderten Fassung, einen oder mehrere unabhängige Wirtschaftsprüfer (*réviseurs d'entreprises agréés*) ernennen, ist die Ernennung eines Rechnungsprüfers nicht mehr erforderlich.

21.5      Ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer darf nur aus berechtigtem Grund oder mit seiner Zustimmung durch die Gesellschafterversammlung abberufen werden.

## **F. GESCHÄFTSJAHR - JAHRESABSCHLUSS - GEWINNE - ABSCHLAGSDIVIDENDEN**

### **Artikel 22      Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am ersten Januar eines jeden Jahres und endet am einunddreißigsten Dezember desselben Jahres.

### **Artikel 23      Jahresabschluss und Gewinne**

23.1      Am Ende jeden Geschäftsjahres werden die Bücher geschlossen und der Geschäftsführungsrat erstellt im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen ein Inventar der Aktiva und Passiva, eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

23.2      Vom jährlichen Nettogewinn der Gesellschaft werden mindestens fünf Prozent (5%) der gesetzlichen Rücklage der Gesellschaft zugeführt. Diese Zuführung ist nicht mehr verpflichtend, sobald und solange die Gesamtsumme dieser Rücklage der Gesellschaft zehn Prozent (10%) des Gesellschaftskapitals beträgt.

23.3 In andere Rücklagen der Gesellschaft von Gesellschaftern erbrachte Einlagen können ebenfalls der gesetzlichen Rücklage zugeführt werden, wenn der einlegende Gesellschafter mit der Umlage einverstanden ist.

23.4 Im Falle einer Herabsetzung des Gesellschaftskapitals kann die gesetzliche Rücklage entsprechend herabgesetzt werden, so dass diese zehn Prozent (10%) des Gesellschaftskapitals nicht übersteigt.

23.5 Auf Vorschlag des Geschäftsführungsrates bestimmt die Gesellschafterversammlung im Einklang mit dem Gesetz von 1915 und den Bestimmungen dieser Satzung, wie der verbleibende Bilanzgewinn der Gesellschaft verwendet werden soll.

23.6 Ausschüttungen an die Gesellschafter erfolgen proportional zur Anzahl der von ihnen an der Gesellschaft gehaltenen Anteile.

#### **Artikel 24 Abschlagsdividenden - Agio und andere Kapitalreserven**

24.1 Der Geschäftsführungsrat kann Abschlagsdividenden im Einklang mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 auszahlen.

24.2 Das Agio, andere Kapitalreserven oder andere ausschüttbare Rücklagen können, im Einklang mit den Bestimmungen des Gesetzes von 1915 und den Regelungen dieser Satzung, frei an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

### **G. LIQUIDATION**

#### **Artikel 25 Liquidation**

25.1 Im Falle der Auflösung der Gesellschaft im Einklang mit Artikel 3.2 dieser Satzung wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren ausgeführt, welche von der Gesellschafterversammlung ernannt werden, die über die Auflösung der Gesellschaft beschließt und die Befugnisse und Vergütung der Liquidatoren bestimmt. Soweit nichts anderes bestimmt wird haben die Liquidatoren die weitestgehenden Rechte für die Verwertung der Vermögenswerte und die Tilgung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

25.2 Der sich nach Verwertung der Vermögenswerte und Tilgung der Verbindlichkeiten ergebende Überschuss wird an die Gesellschafter im Verhältnis zu der Anzahl der von ihnen an der Gesellschaft gehaltenen Anteile verteilt.

### **H. SCHLUSSBESTIMMUNGEN - ANWENDBARES RECHT**

#### **Artikel 26 Anwendbares Recht**

Für alle in dieser Satzung nicht geregelten Angelegenheiten gelten die Regelungen des Gesetzes von 1915.

## ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

1. Das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am Tag der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2017.
2. Abschlagsdividenden können auch während des ersten Geschäftsjahres der Gesellschaft ausgeschüttet werden.

## ZEICHNUNG UND ZAHLUNG

Die zwölftausend (12.000) ausgegebenen Anteile wurden durch **Lake Tahoe SPF S.à.r.l.**, vorbenannt, gezeichnet.

Die Einlage für so gezeichnete Anteile wurde vollständig in bar erbracht, so dass der Gesellschaft ab sofort ein Betrag in Höhe von zwölftausend Euro (EUR 12.000) zur Verfügung steht, was dem unterzeichnenden Notar nachgewiesen wurde.

## ERKLÄRUNG

Der unterzeichnende Notar gibt hiermit an, beglaubigt und ausdrücklich vermerkt zu haben, dass die aufgezählten Bedingungen des Artikels 183 und des Artikels 184 (1) 1) des Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften hier erfüllt worden sind.

## AUSLAGEN

Die der Gesellschaft aufgrund oder im Zusammenhang mit der Gründung entstandenen Kosten, Gebühren, Honorare oder Auslagen werden auf achthundert Euro (800 EUR) geschätzt.

## BESCHLÜSSE DER ALLEINGESELLSCHAFTER

Unmittelbar nach Errichtung der der Gesellschaft, fasst der einzige Gesellschafter, der sämtliches gezeichnetes Kapital vertritt, folgende Beschlüsse

- 1) Zum Geschäftsführer (gérant) auf unbestimmte Zeit wird bestellt:
  - Herr Tobias **FABER**, Jurist, geboren am 18 Januar 1987 in Luxembourg, Grossherzogtum Luxemburg mit professioneller Anschrift in L-2450 Luxembourg, 15, boulevard Roosevelt, Grossherzogtum Luxemburg.
- 2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in L-2450 Luxembourg, 15, boulevard Roosevelt, Grossherzogtum Luxemburg.

## ERKLÄRUNG

Nachdem der Text dem Erschienenen vorgelesen wurde, deren Vor- und Nachname, Status und Wohnsitz dem Notar bekannt sind, wurde die vorliegende Urkunde im Original von dem Erschienenen gemeinsam mit Uns Notar unterzeichnet.

**WORÜBER** die vorliegende notarielle Urkunde in Luxemburg, an dem anfangs

oben angegebenen Tag, erstellt wurde.

Und nach Vorlesung alles Vorstehenden an den Bevollmächtigten der erschienenen Partei, handelnd wie hiervor erwähnt, dem instrumentierenden Notar nach Vor- und Zunamen, Personenstand und Wohnort bekannt, hat besagter Erschienene mit Uns, dem Notar, gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

**Signé: T. FABER, C. WERSANDT**

-----  
Enregistré à Luxembourg A.C. 2, le 13 janvier 2017

2LAC/2017/872

Reçu soixante-quinze euros

75,00 €

Le Receveur, ff, (signé) Yvette **THILL**

-----  
**POUR EXPEDITION CONFORME**

délivrée;

Luxembourg, le 19 janvier 2017

.